

5. Kongress der Europäischen Senioren Union (ESU)
5th Congress of the European Senior Citizen's Union (ESCU)
5^{ième} Congrès de l'Union Européenne des Seniors (UES)
27. - 29. 04. 2004 Bonn-Bad Godesberg (D)

**Festrede von Dr. Angela Merkel – der Vorsitzenden der CDU Deutschlands - zum 5. Kongress
der Europäischen Senioren Union (ESU) am 28.04.2004 in Bad Godesberg (D)**

[Kernaussagen und Leitgedanken, zusammengefasst von Prof. Walter Paul (A) / ESU auf Grundlage von eigenen Stenogrammnотizen und Auszügen von Tonbandmitschnitten]

Ganz herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung,

Liebe Freunde, meine Damen und Herren,
ganz besonders, sehr geehrter und lieber Bernhard Worms,
und sehr geehrter Herr Generalsekretär, Herr Schroeder, und sie alle hier im Präsidium,

- Bekenntnis zur Seniorenpolitik für ganz Europa:

Ich bin heute aus Überzeugung hierher gekommen. weil ich gerne zu Ihnen einige Worte sagen möchte, obwohl wir eigentlich in Berlin einen Sitzungstag haben und ich nicht ganz so viel Zeit mitbringen kann wie Helmut Kohl Ihnen schon widmen konnte. Die Tatsache, dass Helmut Kohl, der große Europäer, heute zu Ihnen, den Delegierten der Europäischen Senioren Union, gesprochen hat und auch die Tatsache, dass Ihre Versammlung wenige Tage vor der Erweiterung der Europäischen Union stattfindet und hier die Vertreterinnen und Vertreter auch der neuen Mitgliedsländer schon dabei sind, ist von ganz symbolischer Art. Wenn ich vor zehn Jahren mir überlegt hätte: Europäische Senioren Union – kann man das richtig alles auf die Beine bringen? Aber Bernhard Worms hat das, was er sich vorgenommen hat, auch immer verfolgt, immer für seine Projekte geworben und immer auf eine Art und Weise, dass er auch Freunde gefunden hat, die ihn unterstützt haben. Lieber Bernhard Worms, ein ganz herzliches Dankeschön für das unermüdliche Engagement!

- Europawahl 2004 gewinnen: Unser Spitzenkandidat Prof. Dr. Hans Gert Pöttering

Unser Spitzenkandidat für die Europawahl ist Hans-Gert Pöttering, seit dem ersten Tag der Existenz des Europäischen Parlaments im Europäischen Parlament. Er kennt die gesamte Geschichte. Helmut Kohl war es, der Sorge getragen hat, dass es nicht nur eine sozialistische Internationale gibt, sondern dass die bürgerlichen Parteien in einer europäischen Partei vereint sind. Das ist alles andere als selbstverständlich - wenn man bürgerliche Parteien kennt - und sie alle kennen sie! Wir sind stolz darauf, dass der einzelne Mensch etwas zählt, aber manchmal sind wir auch so sehr stolz darauf, dass wir die Gemeinsamkeiten unserer politischen Ideale vergessen und die Einzelinteressen in den Vordergrund stellen! Wir wissen natürlich als gute Demokraten: gewinnen kann man nur, wenn man die Mehrheit hat und Mehrheiten bekommt man nur, wenn man Kompromisse schließen kann. Da wir ja alle wollen, dass Europa ein bürgerliches, ein christdemokratisches Europa wird, dass dieses Europa unsere Handschrift trägt, so wie wir es auch erfunden haben, ist es richtig und gut, dass wir in der Europäischen Volkspartei zusammen sind. Da sind inzwischen über 50 nationale Parteien und da ist durch die Erweiterung der Europäischen Union richtig Leben entstanden. Aber da stehen auch leider manchmal Parteien einer Familie innenpolitisch gegeneinander. Dennoch kann ich nur alle

bitten, immer daran zu denken: Wenn wir unser gemeinschaftliches Gedankengut mehrheitsfähig in Europa machen wollen, müssen wir wieder stärkste Fraktion im Europaparlament werden und als stärkste Fraktion werden wir dann die Möglichkeit haben, zum ersten Mal auf die Bestimmung des Kommissionspräsidenten mit Einfluss nehmen zu können. Die Tatsache, dass die Europäische Volkspartei die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament stellt, hat bei der Auswahl der Kommission überhaupt keine Rolle gespielt. Da fragen die Menschen in Europa: „Wozu gehen wir denn zur Wahl? Wie zeigen wir denn, was wir von unseren nationalen Regierungen jetzt gerade halten, wo wir Europa hinführen wollen?“ Deshalb ist es wichtig, dass wir im Verfassungskonvent durchgesetzt haben, dass in Zukunft die Mehrheit im Europäischen Parlament auch sagt, aus welcher Parteienfamilie der Kommissionspräsident kommt. Das ist unser Erfolg!

- 1. Mai 2004: Zehn neue Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union (EU)

Am 1. Mai: 10 neue Mitgliedsstaaten. Diese neuen Mitgliedsstaaten sind für mich wie die Wiedervereinigung Europas. Das ist ja nicht irgendwas ganz neues, sondern es ist die Wiederherstellung eines Zustandes, wie es Europa schon im 16., 17., 18., 19. Jahrhundert gegeben hat. Das unnatürliche war der „Kalte Krieg“, das unnatürliche war der „Eiserne Vorhang“. Wir feiern am 9. November diesen Jahres den 15. Jahrestages des Mauerfalls und ich finde, es ist nun an der Zeit, dass wir nun auch unseren polnischen, tschechischen, slowakischen, slowenischen und anderen Freunden sagen können: „Ihr gehört jetzt auch zu uns. Die Wiedervereinigung Europas findet jetzt statt.“

- Zahlreiche Bedenken

Um mit den Bedenken anzufangen: Die Fläche des vereinten Europas vergrößert sich um 23%, die Zahl der Bevölkerung um 20 %, die Wirtschaftskraft nur um 5 %. Das bedeutet natürlich, das, was wir auch aus der deutschen Teilung und aus der deutschen Einheit dann kennen: „Zusammen wächst, was zusammen gehört“ - aber „ohne Teilen wird es nicht gehen“. Nun können Sie sagen: „wir haben alle selber Probleme genug, das ist jetzt nicht die Zeit zum Teilen“. Da gibt es eine Menge Argumente dafür. Wer das sagt, muss allerdings auch genau überlegen, was die Folge ist: Die Folge wird sein, dass dann natürlich auch Arbeitsplätze abwandern aus den reicheren in die ärmeren Länder. Es wird ja dadurch nicht besser – im Gegenteil – die Stundenlöhne werden noch geringer. Da halten die neuen Mitgliedsstaaten die Umweltnormen nicht ein. Das Gefälle wird größer und immer mehr Arbeitsplätze wandern ab. Aber die Betrachtung, dass die Einigung Europas, der gemeinsame Wirtschaftsraum, uns nun teurer kommt, als wenn wir weiter getrennt, jeder für sich alleine wirtschaften, die darf man so nicht teilen. Natürlich kann man jetzt wieder sagen: schon mit der deutschen Einheit hatten wir so viel zu tun und im Weltmaßstab fällt Europa sowieso zurück, was das Wirtschaftswachstum angeht. Und wir haben es ja jetzt bei den Beitrittsverhandlungen auch wieder gemacht wie bei der deutschen Einheit: alle kriegen alle Gesetze, die schon mal verabschiedet wurden in Europa, keinerlei Abstriche. Aber ich sage heute schon voraus: wir würden in zehn Jahren in Europa die gleiche Diskussion führen, wie wir sie jetzt in Deutschland führen. Hätte man nicht gleich noch einmal das ganze Gesetzssystem überdenken können? Ist die ganze Bürokratie wirklich nötig?

Aber nun ist es, wie es ist: Alles durchverhandelt und nun haben wir das eben fertig!

Ich sage Ihnen aber auch: Vielleicht lernen wir von den neuen Mitgliedsstaaten? Die haben nämlich zum Beispiel ganz interessante Steuersysteme entwickelt Ich muss Ihnen ehrlich sagen: „Toller Entwurf, eine Flatrate, also nur noch ein Steuersatz, keine Ausnahmen, vielleicht

würden wir dann auch wieder gerne Steuern zahlen.“ Jetzt haben es die Slowaken gemacht. Und sie haben es offenbar richtig gemacht: Nun, die Begeisterung der Bevölkerung hält sich absolut in Grenzen, um es vorsichtig zu sagen. Aber sie sind einen mutigen Schritt gegangen und haben gesagt: „Passt mal auf, wir wollen euch nicht in Westeuropa die ganze Zeit auf der Tasche liegen, sondern wir wollen alles versuchen, um schneller auf die Beine zu kommen und unseren Beitrag für Europa zu leisten“. Mein Wahlkreis z. B. liegt an der Ostsee und ich bin nahe an der polnischen Grenze. Da weiß man auch, wo man etwas billiger erhält. Also dass die Menschen dort Sorge haben, dass wir darauf reagieren müssen, das ist doch klar. Und deshalb hat die Christlich Demokratische Union immer von der Bundesregierung gefordert: „Wir brauchen insbesondere für die Grenzregion - da wo die Differenzen am größten sind - für die Bevölkerung Hilfsprogramme“. Die Bundesregierung hat allerdings bis heute nichts gemacht und das werden wir auch weiter brandmarken, weil solches Verhalten nicht in Ordnung ist

- Was sind aber die Vorteile?

Der Binnenmarkt, der gemeinsame Wirtschaftsraum – Ja, alles wichtig. Aber das, was doch eigentlich die große Hoffnung war, das ist jetzt Realität! Wenn sie sich die Geschichte Europas anschauen: wie haben über Jahrhunderte die Europäer ihre Probleme gelöst? Dann können wir heute sagen: wir haben die Lehren aus dieser Geschichte gezogen. Wir können für uns sicher sein, dass wir im Geiste der Zivilisation und demokratisch unsere Probleme austragen und dass wir gegeneinander nicht wieder Kriege führen werden. Das ist ein unglaublicher Erfolg und den darf man nie vergessen!

Wer jetzt davon spricht, wie teuer alles ist und weiter werden wird, den bitte ich nachzudenken, wie teuer der „Kalte Krieg“ war. Der „Kalte Krieg“ war alles andere als billig. Was da in die Rüstung gesteckt wurde, in die Unterstützung strategischen Bündnisse. Das waren doch wahnwitzige Summen. Nun denken manche, der „Kalte Krieg“ ist vorbei und in was Neues brauchen wir nicht zu investieren. Das aber gibt es nicht auf unserer Welt. Man muss immer in das, was man will, investieren. Und so wie man über Jahrzehnte für die Erhaltung der Freiheit, für Demokratie, gegen Sozialismus, Kommunismus, Unterdrückung, Entrechtung der Menschen gekämpft hat und wie sich jetzt unser politisches System als überlegen erwiesen hat, so erhalten wir auch dieses System im 21. Jahrhundert nicht zum Nulltarif! Wir müssen uns weiter dafür anstrengen. Die Wiedervereinigung Europas ist für mich auch die Grundlage dafür, dass Europa jetzt darüber sprechen muss: „Was sind unsere Interessen in der Welt!“. Wie stellen wir uns vor, wie unsere Welt aussieht? Was wollen wir? Und dazu sind wir jetzt stark - oder wir könnten eben stark sein. Eines meiner Ärgernisse im Zusammenhang mit dem Irakkonflikt war, dass Europa eben nicht stark war, sondern dass Europa zerspalten war und dass die deutsche Bundesregierung noch einen Beitrag dazu geleistet hat, diese Spaltung zu fördern. Das heißt, dass Deutschland nicht getan hat, was seine Aufgabe ist, zu versuchen zu integrieren, sondern dass Deutschland vor allem seine eigenen Dinge im Kopf hatte und eben zur Spaltung Europas einen Beitrag geleistet hat. Das hat nichts damit zu tun, dass woanders auch Fehler gemacht wurden. Das schließt im Übrigen die Amerikaner mit ein. Aber zuerst muss man doch fragen: „Haben wir alles getan um die Interessen Europas und die Verhinderung von Gewalt und die klare Haltung gegen einen Diktator, eben alles getan, um Europas Stärken einzubringen?“ Und deshalb ist das mit Krieg und Frieden nicht so einfach. Wenn Europa eine Chance haben will, eine Rolle in der Welt zu spielen, dann darf Europa nicht irgendwo am Rande sitzen und alles was sonst noch passiert auf der Welt kommentieren, sondern Europa muss Akteur werden, Europa muss handeln. Europa muss das mit einer Stimme tun. Das ist eine Sache, um die Europa wird ringen müssen! Im europäischen Verfassungsvertrag steht jetzt das Kapitel „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Aber gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik heißt dann auch, dass man einheitliche Positionen hat. Deshalb muss alles daran gesetzt

werden, nach der Wiedervereinigung Europas Europa auch eine Stimme, ein Gesicht zu geben, ein Gewicht zu geben und wenn Europa das will, dann muss es in der Lage sein, wirtschaftlich stark zu sein, militärisch stark zu sein und zivilisatorisch stark zu sein. Wir Europäer können und müssen eine wichtige Rolle spielen in einer Welt, wo es noch so viel Ungerechtigkeit gibt - in der wir Terroristen gegenüberstehen. Ich muss sagen, der Kampf gegen den Terrorismus ist noch schwieriger als der Kampf gegen die Kommunisten. Warum? Deshalb schwieriger, weil während des Kalten Krieges wenigstens klar war, dass keine der beiden Seiten sich in der Auseinandersetzung umbringen will. Jeder wollte überleben. Aber Terroristen sind bereit, ihr Leben aufs Spiel zu setzen um die Art, wie wir leben, zu zerstören. Und das fordert uns heraus. Das fordert auch heraus, uns darüber klar zu werden, was wir denn eigentlich verteidigen wollen. Was ist uns wichtig? Wofür sind wir wirklich bereit, zu sagen: „Das lassen wir uns nicht nehmen!“. Das wird wieder eine Diskussion in Gang setzen über den Wert der Freiheit, über den Wert der offenen Gesellschaft, über den Wert des einzelnen Menschen, der individuell sein Leben gestalten kann, über den Wert der Sicherheit, die der Staat, die die Nation, dem einzelnen geben muss. Die Sache ist kompliziert, weil wir die Offenheit der Gesellschaft ja wollen. Das heißt, wir müssen damit rechnen, dass die, die nicht Freunde unserer Gesellschaft sind sondern Feinde, sich mitten unter uns mischen und ganz brutal die Rechte missbrauchen, welche wir ihnen geben, um uns anschließend zu zerstören. Und das setzt natürlich ein neues Denken in der Innenpolitik voraus. Sie können nicht mehr sagen: Draußen stelle ich die Bundeswehr um das Land herum und drinnen, weiß ich, da kann ich mich ja verlassen, da sind die Menschen alle einigermaßen willig, in diesem Land zu leben. Und deshalb haben wir solche Diskussionen „Bundeswehr im Innern“. Nicht, weil wir boshaft sind, sondern weil die, die uns attackieren, nicht mehr außerhalb unseres Landes stehen sondern zum Teil im Land leben. Und dann können sie nicht einfach sagen: „Die Bundeswehr ist eben gerade draußen“, die Bundeswehr ist gerade in ganz anderen Bereichen der Welt, weil dort Terrorismus bekämpft werden muss. Wenn dann hier einmal ein Anschlag mit chemischen Waffen wäre oder ein Flugzeugattentat, dann müssen wir die Fähigkeiten, die die Polizei gar nicht hat, auch im Inneren verfügbar haben, weil hier ihre Feinde stehen könnten. Und das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen und vor denen wir natürlich erst einmal nach dem Ende des „Kalten Krieges“ die Augen zugemacht haben und gesagt haben: „Kalter Krieg ist jetzt vorbei, jetzt wird das Leben sicherer.“ Dann in der Mitte der neunziger Jahre schon erlebt, diese schrecklichen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien - auf unserem Kontinent, Verletzungen der Menschenrechte im schlimmsten Maße! Damals haben wir es als Europäer nicht alleine geschafft, Milosevic in die Schranken zu weisen. Ohne die Amerikaner wäre uns das nicht gelungen. Und das einzige Abkommen in Bezug auf den Kosovo zum Beispiel ist das Abkommen von Dayton, ein in Amerika gemeißeltes Abkommen. Nun müssen wir uns als Europäer schon wieder einbekennen: „Es funktioniert nicht!“ Letztlich funktioniert es in der Tat auch hinreichend schlecht. Wenn im Kosovo das Militär abgezogen würde, wäre derzeit dort kein Friede. Es ist gerade einmal Ruhe und scheinbare Stabilität, aber nicht das, was wir unter Frieden verstehen. Wir müssen uns als Europäer schon anstrengen, unsere Kräfte zusammenzuballen und zu fragen: „Wie würden wir es lösen?“ Wir können nicht Betrachter der Weltgeschichte sein, sondern wir müssen als wiedervereinigtes Europa Akteure sein. Wer möchte, dass er seine Werte weitergibt, muss auch bereit sein zu agieren und zu prüfen, ob man alles richtig macht. Nur „Reden halten“ wird nicht reichen!

- Die Voraussetzungen

Das ist zunächst ökonomische Stärke. Wir machen gar keinen guten Eindruck, wenn überall auf der Welt die Wirtschaft bis zu 6 % wächst, in Europa dagegen nur ca. 2% und in der größten Volkswirtschaft - in Deutschland - wahrscheinlich nur 1,4%. Für die Länder in Europa ist es ein ziemliches Drama und für alle Ökonomien in Europa ganz schlecht, wenn die Leute nicht

kaufen, da sie so verunsichert sind, wissen sie doch nie was morgen kommt. Es ist richtig, dass wir alle diese Probleme lösen müssen. Aber wir bekommen doch kein Vertrauen, wenn wir von einem Jahr aufs andere nicht wissen, was man sich wieder ausdenken wird, was jetzt auf uns zukommt, was man in 5, in 6, in 7, oder in 8 Jahren überhaupt noch verfügbar hat. Jemand, der nicht weiß, ob er morgen das Doppelte für die Gesundheit wird zahlen müssen als heute, der hält natürlich sein Geld zusammen und sagt: "Ich rüste mich erstmal für die Notfälle!" Das ist doch ganz menschliches Verhalten. Das betrifft nicht nur ältere Menschen. Auch die junge Generation macht sich ihre Sorgen, und zu einem guten Teil mit Recht. Wir haben zu wenige Kinder, wir haben mehr Ältere. Lieber Bernhard Worms, das habe ich immer wieder zu allen in der Senioren Union gesagt, auch die Senioren haben ihr Leben lang Probleme zu bewältigen gehabt, wohl zum großen Teil von anderer Natur als für das, was wir heute bewältigen müssen, aber sie haben zum Aufbau dieses Landes beigetragen und deshalb dürfen wir niemals den Eindruck erwecken, als würden wir die Älteren als eine Art Last empfinden. Ich glaube, das wäre das allerschlimmste was Christdemokraten machen könnten! Wir freuen uns, dass die Menschen älter werden, dass wir es geschafft haben durch unsere Leistungen in Medizin, Technik, vielem anderen, die Lebenserwartung zu erhöhen, aber wir werden unsere Vorstellung, was ein Älterer ist, verändern müssen. Viele denken immer noch, dass das Menschen sind, die eigentlich gar nichts mehr vorhaben in ihrem Leben. Aber das ist das Denken von vorgestern. Heute schließt sich an die Arbeitszeit eine Phase des Lebens an, in denen viele noch so vieles von dem verwirklichen können, was sie sich für ihr Leben vorgenommen haben und es ist unsere Pflicht, genauso wie wir politische Bedingungen für die jüngeren Generationen schaffen, auch den Älteren genau das zu ermöglichen. Ja, Infrastruktur, demographischer Faktor, Gesundheitsreform – alles nicht einfach. Was mir sehr leid tut, das ist die Tatsache, dass wir im Augenblick gerade auch freiwillige Leistungen streichen müssen, wo gerade das Ehrenamt noch ein Stück Struktur findet und ich sage Ihnen voraus: „Wir brauchen das Ehrenamt im 21. Jahrhundert noch mehr als im 20. Jahrhundert, wenn unsere Gesellschaft eine menschliche Gesellschaft bleiben soll.“ Das sind die Probleme, die wir lösen müssen und wollen. Und ich werde darauf achten, dass es Gerechtigkeit zwischen den Generationen gibt. Gerechtigkeit, die das in Rechnung stellt, die das immer wieder präsent macht, was die Bundesrepublik Deutschland bei allen Schwierigkeiten heute zu tun hätte und die die ältere Generation nicht irgendwo ins Abseits stellen darf, die ja zum Aufbau dieser Republik große, ja die wichtigsten Beiträge geleistet hat. Ich werde den Jungen immer wieder sagen: „Erinnert euch doch der Gründerzeiten.“ Die Gesellschaft neigt dazu, das Leben immer mehr zu verengen. Über den Tod möchte man gar nicht sprechen, Ältere möchte man nicht im Betrieb haben, Alter beginnt eigentlich schon mit 50, ins Berufsleben kommt man, wenn überhaupt, dann meistens erst nach 30 Lebensjahren, wenn man studiert hat. Ob da die Spanne, wo man normal erwachsen ist, nicht ein bisschen kurz wird. In der Qualität von Firmen gibt es bereits die Diskussion, ob es nicht einer der größten Fehler war, die 50-jährigen, die 55-jährigen alle herauszunehmen und damit einen richtigen Riss im Verständnis von Qualität, Entwicklung und anderen Dingen zu bekommen. Wenn sie wirklich Höchstleistung erzeugen wollen, dann brauchen sie die Jüngeren und die Älteren. Dann brauchen sie die Schnellen, aber dann brauchen sie auch die Erfahrenen. Jedes Alter hat seine Gabe und vorzeitig alle Gaben abzuschneiden, einfach auszugrenzen - und zu sagen: „Das brauchen wir nicht!, das kostet zu viel - ist deshalb nach meiner festen Überzeugung eine der ganz großen Irrwege, die man gegangen ist. Wie an allen Irrwegen ist auch die CDU ein bisschen mit daran beteiligt, dazu sind wir Volkspartei, und auch wir haben mit den Vorruhestandsregelungen natürlich vieles dazu beigetragen, dass die großen Betriebe heute zu großen Teilen keine über 50-Jährigen mehr beschäftigt haben. Aber wie bei allen Irrtümern, muss man auch die Kraft haben, wenn man erkennt, dass es falsch war, einfach zu sagen: „Das war falsch und wir müssen das wieder ändern, weil uns das nur in die Irre führt.“ Wenn Höchstleistung verschwindet, wenn wir nicht mehr bereit sind, auch Risiken ein Stück einzugehen, wenn wir sagen: „Chemie ist uns zu

gefährlich, Pharmazie ist uns zu gefährlich, Gentechnologie ist uns zu gefährlich!", dann werden wir erleben, dass Länder um uns herum diese Chancen konsequent ergreifen und es ist keiner Bevölkerung ins Stammbuch geschrieben, dass sie weltweit einen Rechtsanspruch auf führende Leistungen im Wirtschaftswachstum hat. Die Europäer haben sich eigentlich vorgenommen - in Lissabon im Jahr 2000, alle europäischen Staats- und Regierungschefs, als Wirtschaftsprognose: Europa möchte bis 2010 der dynamischste und wachstumsstärkste Kontinent der Welt werden. Also ich muss sagen: „Das Ziel unterschreibe ich sofort.“ Aber nun haben wir schon 2004 und ich war jetzt im Winter in Davos beim Weltwirtschaftsforum, da wurde viel über Wirtschaftswachstum gesprochen, aber meistens in China, in Indien, in Asien und anderswo, in Amerika, aber von Europa war verdammt wenig die Rede. Ich habe Leute aus der Weltwirtschaft gefragt: „Was stört sie an Europa und was finden sie toll an Europa?“ Und da hat mir einer mal gesagt: „Wissen Sie – und das hat mich am meisten verblüfft - im Laufe eines Jahres denke ich ganz selten an Europa. Weil hier so wenig Spannendes, Interessantes, Innovatives passiert. Die Europäer stören mich nicht, aber sie begeistern mich auch nicht.“ Das muss uns zu denken geben. Ich will Europa nicht hinunterreden, ich will nur sagen, wir müssen aufpassen - und das war früher immer Europas Stärke in der Weltgeschichte - dass wir ein Platz bleiben, wo man nicht nur wegen Mozart, Schiller und Goethe noch mal hinblickt und die Museen anschaut, sondern wo man sagt: „Hier passieren auch wirklich wichtige Sachen, die die nächste Zeit gestalten und bestimmen werden.“ Und darum müssen wir kämpfen, sonst werden wir auch nicht mehr führend im Wirtschaftswachstum und das heißt auch nicht mehr im Wohlstand sein. Wenn Sie mal die Geschichte des 19. Jahrhunderts anschauen: es fing mit der Dampfmaschine an, die ist in Europa erfunden. Es ging weiter mit dem elektrischen Strom, in Europa erfunden, ging weiter mit dem Automobil, in Deutschland erfunden. Wir sind noch gekommen bis zur Erfindung des Computers, Konrad Zuse war auch ein Deutscher. Und von da weg ist ein Sprung erfolgt, wo unglaublich viele Entwicklungen als Entwicklungen in Amerika stattfinden und nehmen wir die pharmazeutische Industrie – früher war Deutschland die Apotheke der Welt! Heute haben wir alle Mühe, dass wir überhaupt noch ein paar Chemiebetriebe haben. Aber wir müssen wieder dabei sein! Über uns muss man sprechen, wir müssen wieder neue Wege gehen! Neue Zeiten erfordern auch neue Wege. Man kann nicht mehr die Gewerkschaftspolitik der 50er und 60er Jahre machen. Es hat nichts damit zu tun, dass wir das Soziale aus der Marktwirtschaft streichen! Aber es ist doch nicht sozial, wenn die Hürden immer höher liegen, sodass Arbeitslose überhaupt nicht mehr ins Arbeitsleben hereinkommen können. Wenn Sie, die Älteren, dazu beitragen, dafür das Klima zu schaffen, bin ich Ihnen ganz dankbar. Sie können das, Sie wissen das, weil Sie so viel Veränderung in Ihrem Leben erfahren haben, dass Sie den jüngeren Menschen sagen können: „Leute! Geht einen mutigen Schritt, es kann zu euern Vorteil sein.“ Dafür brauchen wir diese Generation der Gründerzeit, dann entsteht in ganz Europa Wettbewerb in die Richtung: wenn der eine dies gut kann und der andere jenes gut kann und wir sagen: Lasst uns voneinander lernen, dann kann uns was gelingen. Und dies gilt auch für das Verhältnis der bisherigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Bezug auf die neuen. Das könnte auch ein Gewinn dieser großen europäischen Wiedervereinigung sein.

- Unsere Position als Christdemokraten

Das Christentum nach der Aufklärung, das ist das Modell, für das wir leben, für das wir einstehen. Deshalb wünschen wir uns nach wie vor trotz aller Schwierigkeiten, dass wir dieses christliche Gedankengut, diesen Bezug auch in einem europäischen Verfassungsvertrag benennen. Wer nicht sagen kann, woher er kommt, der kann auch nicht wissen, wohin er will! Wenn wir uns über diese Grunddinge einig sind, dann wird's immer noch sehr viel Mühe im Einzelfall geben. Die Zeiten in den nächsten Jahren werden nicht ganz einfach. Mir ist wichtig, dass Politik den Menschen ehrlich sagt, was auf sie zukommt, aber auch aufzeigt, wo Licht am

Ende des Tunnels ist und wohin die Reise gehen soll. Und dass ein Stück Vertrauen ist auf Verlässlichkeit. Und das, meine Damen und Herren, werden die Anliegen sein, mit denen wir jetzt auch in die Europawahl hineingehen, mit denen wir dafür werben, dass Menschen den Mut und die Kraft haben und sagen: Jawohl, ich gehe zur Wahl, jawohl, ich stimme für Europa ab, jawohl, ich finde, dass dies ein christdemokratisches, ein bürgerliches Europa sein kann und sein soll und ich will, dass der einzelne Mensch seine Freiheit nutzen kann, dass Politik ihn nicht bevormundet, dass dieses Europa dafür eintritt, dass wir in Sicherheit und Frieden auf unserem Kontinent leben können. In diesem Sinne besteht auch die Gemeinschaftlichkeit zwischen Ihnen, die Sie hier sind. Lassen Sie es sich nicht verdrießen, werden Sie nicht wieder vordergründig nationalistisch. Je größer die Länder, umso schöner und man kommt dann alleine aus, dachte man früher, doch das hat geschichtlich gesehen immer in die Irre geführt. Unsere Aufgabe ist es, im 21. Jahrhundert zu zeigen, dass wir was daraus gelernt haben!

Eine gute Tagung, herzlichen Dank für die Einladung, alles Gute!